

---

Klaus Zwickel

## Zukunft gestalten - Arbeitszeitverkürzung - jetzt!

---

*Klaus Zwickel, geb. 1939 in Heilbronn, Ausbildung als Werkzeugmacher, wurde 1986 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Seit 1993 ist er deren Vorsitzender.*

---

*Arbeit ist die zuverlässigste Seligkeit des Lebens  
Ernst Wiehert*

„Zukunft gestalten“ - diesen programmatischen Titel hat das neue Grundsatzprogramm des DGB. Im Mittelpunkt zukunftsorientierter Gewerkschaftsarbeit steht die Erwerbsarbeit. Es gilt, eine innergewerkschaftliche und öffentliche Debatte zu führen, die die Fortentwicklung der Arbeitsgesellschaft thematisiert.

### **Allgegenwärtiger Zukunftspessimismus**

Das vordringliche beschäftigungspolitische Ziel ist oft genug benannt: Arbeit schaffen. Die Massenarbeitslosigkeit gilt zu Recht als das zentrale Problem der Bundesrepublik Deutschland nach der Vereinigung im Jahr 1990. Sie ist als gesellschaftliche Realität oft analysiert worden. Die negativen Folgen für die öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungssysteme sind zur Genüge bekannt. Es fehlen allerdings nach wie vor die gleichfalls oft eingeforderten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die ökonomische und politische Wirklichkeit in Deutschland wird ohnedies durch tiefgreifende Veränderungen bestimmt: Die zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaft, die mit dem Schlagwort Globalisierung begrifflich höchst unzureichend beschrieben wird, ist eine Entwicklung, deren Ergebnis noch nicht absehbar ist. Seit längerem wird von den global players unter den deutschen Unternehmen massiv umstrukturiert - zu Lasten der

Beschäftigten und zugunsten des *shareholder value*. Überdies steht die Ausgestaltung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf der internationalen Tagesordnung und hat enorme Rückwirkungen auf die Innenpolitik, wie in den letzten Monaten drastisch vorgeführt wurde.

Diese Probleme und Umbrüche korrespondieren - auch das ist nicht neu - mit ebenso gravierenden Veränderungen in den gesellschaftspolitischen Grundlagen unseres Gemeinwesens: Der Nachkriegskonsens einer sozialen Marktwirtschaft ist, nicht zuletzt als Folge des Endes der Systemkonkurrenz nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, von den konservativen Kräften einseitig aufgekündigt worden. Aufgrund vielfältiger Ursachen sind die Menschen verunsichert. Die fehlenden individuellen und gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven werden in Wahlabstinenz, Ellenbogenmentalität und auch in zunehmender Aggressivität ausgedrückt. Spürbar ist, daß die Menschen sich immer rücksichtsloser und egoistischer verhalten. Das ist ein Teil der realen gesellschaftlichen Wirklichkeit, der daraus erwächst, daß immer weniger Antworten auf immer drängendere Zukunftsfragen angeboten werden. Darin spiegelt sich zugleich in erschreckender Weise die gnadenlose Konkurrenz der Wirtschaft wider.

### **Zukunftsvariante 1: Kapitalismus pur**

Die Neokonservativen in Regierung und Wirtschaft vertreten in dieser Umbruchsituation ein vermeintlich neues gesellschaftliches Leitbild, bei dem es sich in Wahrheit um einen ideologischen Rückschritt handelt. Der modern und scheinbar attraktiv verpackte Manchester-Kapitalismus will zurück zur Individualisierung der Lebensrisiken und hat - wenn er sich durchsetzt - feudale Verhältnisse bei der Verteilung von Lebenschancen zur Folge. Ade Chancengleichheit!

So gewissenlos und schamlos das Ziel, so perfide und raffiniert ist die Aufmachung: Wer „flexibel“, „risikofreudig“, „leistungsbereit“ und „leistungsfähig“ ist, darf in der Lotterietrommel um einen Arbeitsplatz sein Glück versuchen. Im Umkehrschluß wird damit denjenigen, die leer ausgehen, arbeitslos werden und keinen (neuen) Arbeitsplatz bekommen, vorgemacht, daß sie am eigenen Unvermögen scheitern, wenn sie eine Niete ziehen. Es wird allerdings verschwiegen, daß die realen Gewinnchancen schlecht sind wie nie.

Besonders düster sehen die beruflichen Perspektiven für die jungen Menschen aus: Alljährlich wird im Sommer das Lehrstellen-Drama auf den politischen Spielplan gesetzt. Selbst mit einer Ausbildung wird vielen der Weg ins Berufsleben verwehrt: ihnen bleibt nur der Gang zum Arbeitsamt. Dort sitzen sie dann gemeinsam mit Hochschulabsolventen, die sich ihren Einstieg ins Arbeitsleben auch anders vorgestellt haben. Die heutigen jungen Akademiker können von dem Karriereabonnement ihrer Elterngeneration nur träumen. Sie alle warten nur auf eine Chance: für ihre berufliche Zukunft und

um eine Lebensperspektive entwickeln zu können. Wer kann sich da ernsthaft über die Ergebnisse der Shell-Studie erstaunt oder schockiert zeigen?

- Wir sollten uns nichts vormachen: Die vor 15 Jahren propagierte „geistig moralische Wende“ ist in mancherlei Hinsicht Wirklichkeit geworden, sie hat Wirkung gezeigt. Wer den Neoliberalismus kritisiert, dem wird Rückschrittlichkeit vorgeworfen. Und wer gar Solidarität und Gerechtigkeit als nach wie vor erstrebenswerte - und noch lange nicht verwirklichte - gesellschaftliche Leitbilder entgegensetzen versucht, wird als traditionalistisch geradezu diffamiert.
- Die gesellschaftspolitische Kampflinie läßt sich in ihrer beschäftigungspolitischen Ausprägung recht einfach zuspitzen: Arbeitgeberverbände und Unternehmen greifen offensiv und rücksichtslos die Arbeitsgesellschaft und damit zugleich die Grundfesten unseres Gesellschaftssystems an, um so in der internationalen Konkurrenz auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu bestehen. Gewerkschaften kämpfen um den grundsätzlichen Erhalt des Sozialstaates, der trotz einiger Mängel eine relativ hohe soziale Sicherheit gewährleistet hat. Daß durch die demographische Entwicklung, daß aufgrund der neuen Lebensformen, der ökologischen Frage und der Globalisierung Reformen sinnvoll und notwendig sind, ist damit nicht bestritten. In der öffentlichen Diskussion werden Gewerkschaften dennoch häufig als Antimodernisierer und Reformblockierer oder als letzte restaurative Verteidigungslinie vor dem Neoliberalismus und „Kapitalismus pur“ wahrgenommen.

### **Zukunftsvariante II: Arbeit für alle und gesellschaftliche Reform**

„Arbeit für alle“ - von dieser Maxime haben sich einflußreiche Teile der Gesellschaft ungeachtet ritualisierter Sprechblasen offensichtlich verabschiedet. Sie ignorieren die materielle und sinnstiftende Bedeutung der Arbeit für die Individuen genauso wie die Tatsache, daß Vollbeschäftigung eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität unseres ökonomischen und politischen Systems ist.

„Arbeit für alle“ ist als gewerkschaftliche Zielsetzung demgegenüber unstrittig: Das „Recht auf Arbeit“ darf nicht zur Illusion werden. Die Leitlinien für gewerkschaftliches Handeln, die daraus folgen, müssen allerdings den Reformbedarf, der sich aus den strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft, der technisch-organisatorischen Entwicklung und dem Wandel der Lebenseinstellungen ergibt, berücksichtigen.

Analysiert man die langfristige Entwicklung der Erwerbsarbeit, ist ein Dilemma unverkennbar. Einerseits ist ein positiver Prozeß der Befreiung von Arbeit zu verzeichnen: 1871 haben die Menschen in Deutschland mehr als 70 Prozent ihrer Lebenszeit mit Erwerbsarbeit verbracht. 1995 umfaßte die Erwerbsarbeit weniger als die Hälfte des Lebens. Ermöglicht hat dies das erfolgreiche Wirken der Arbeiter- und Arbeitnehmerbewegung vor dem

Hintergrund wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie enormer Produktivitätssprünge.

Am Ende des 20. Jahrhunderts haben die Produktivität und das ökonomische Gefüge in Deutschland (und in vielen anderen hochindustrialisierten Ländern) einen Standard erreicht, der die Frage nach dem Ende der Arbeitsgesellschaft bereits aufgeworfen hat. Die Kernfrage lautet indessen gerade aus gewerkschaftlicher Sicht nicht, ob uns die Arbeit ausgeht, sondern wie sie definiert wird und wie angemessen bezahlte Erwerbsarbeit verteilt ist und werden kann. Arbeitsgerechtigkeit ist zugleich Chancengerechtigkeit: Mit der Verteilung von bezahlter Arbeit werden die Lebenschancen gleich mitverteilt. Eine gewerkschaftliche Zukunftsvision kann nur die solidarische Teilhabe aller an der Erwerbsarbeit als Grundlage haben. Deshalb müssen praktikable Ideen darüber entwickelt werden, wie Arbeit gerechter zu teilen ist. Die katastrophale Beschäftigungssituation einerseits und das Aufeinandertreffen ökonomischer und politischer Umbrüche andererseits erfordern in beschäftigungspolitischer Hinsicht zweierlei: Solidarität muß konkret erfahrbar werden, und ein langfristiges gesellschaftspolitisches Zukunftsprojekt muß entwickelt werden.

### **Die Strategie: Arbeitszeitverkürzung konkret**

Arbeitszeitverkürzung ist ein wirksamer Weg zu gerechterer Verteilung von Arbeit und zugleich ein geeigneter Kristallisationspunkt für eine gesellschaftspolitische Erneuerungsdiskussion. Darum ist die gewerkschaftliche und gesellschaftliche Diskussion über eine neue arbeitszeitpolitische Initiative - 32-Stunden-Woche in Westdeutschland und - zunächst - 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland notwendig.

Wird die Arbeitszeit generell verkürzt, ist dies ein maßgeblicher Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Das ist kein Wunschtraum, sondern es entspricht den bisherigen Erfahrungen mit Arbeitszeitverkürzungen, darin ein großes Potential für mehr Beschäftigung zu sehen: Die Arbeitszeitverkürzungen der achtziger Jahre haben ca. eine Million neuer Arbeitsplätze geschaffen, davon allein in der Metallwirtschaft ca. 300000. In mehreren aktuellen Studien sind die positiven Beschäftigungseffekte von Arbeitszeitverkürzung berechnet und dargestellt worden. Danach ist die Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zur Jahrtausendwende nur möglich, wenn - neben anderen Maßnahmen - auch die wöchentliche Regelarbeitszeit deutlich verkürzt wird.

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist bei einer ehrlichen Bestandsaufnahme geradezu unverzichtbar, wenn man das Ziel der Vollbeschäftigung, der gerechten Verteilung von Arbeit, aufrecht hält. Damit werden alle anderen Maßnahmen, wie z. B. eine aktive Beschäftigungspolitik und die tarifliche Vereinbarung von Altersteilzeit, der Abbau von Überstunden und die Vermehrung von Teilzeitarbeit selbstverständlich nicht überflüssig. Aber

all das und das berechnete Einfordern von Maßnahmen anderer - z. B. der Politik - bedarf auch eines eigenen weitergehenden tarifpolitischen Beitrags zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Arbeitszeitoffensive für eine 32-Stunden-Woche im Westen und - zunächst - eine 35-Stunden-Woche im Osten ist eine notwendige Konkretisierung des arbeitszeitpolitischen Teils der gegenwärtigen beschäftigungspolitischen Debatte. In der aktuellen Diskussion über die Realisierungsmöglichkeiten einer 32-Stunden-Woche werden im Kern drei Problemfelder offenkundig. Zentral ist die Frage des Lohnausgleichs. Bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeiten um 3 Stunden beträgt der Lohnausgleich 9,14 Prozent. Dies wäre in Verbindung mit anstehenden Lohnerhöhungen und einer Umverteilungskomponente, z. B. in zwei Stufen, wirtschaftlich sehr wohl verkraftbar und vertretbar. Aber es darf auch keine Illusion darüber bestehen, wie schwer der volle Lohnausgleich durchsetzbar wäre. Auf der anderen Seite kann ein vollständiger Verzicht auf Lohnausgleich - aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen - nicht in Frage kommen. Deswegen diskutieren wir über einen nach Einkommenshöhe differenzierten Lohnausgleich. Dies erfordert zweifellos eine große Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Solidarität unterschiedlicher Einkommensgruppen untereinander.

Eng verknüpft mit der Differenzierung des Lohnausgleichs ist die Sicherstellung von Beschäftigungseffekten. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind sichtbare, positive Auswirkungen auf die Beschäftigungslage eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz einer weiteren Arbeitszeitverkürzung. Darum muß darüber diskutiert werden, wie in Verbindung mit der 32-Stunden-Woche (bzw. der 35-Stunden-Woche) Beschäftigungsaufbau erreicht werden kann. Dafür kann z. B. über erzwingbare Betriebsvereinbarungen zum Beschäftigungsausgleich, über eine entsprechende Differenzierung des Lohnausgleichs, aber auch über entsprechende Lohnkostenzuschüsse oder Beitragsenkung aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit diskutiert werden. Damit ist das dritte Problemfeld angesprochen:

Gemäß dem Grundsatz, besser Arbeit als Arbeitslosigkeit finanzieren, ist auch die Bundesanstalt für Arbeit an den Kosten der Arbeitszeitverkürzung zu beteiligen. Eigentlich müßte sie selbst das größte Interesse an einer weiteren Arbeitszeitverkürzung haben: Mehr als 170 Milliarden DM kostet die Arbeitslosigkeit voraussichtlich im Jahr 1997. 325000 Arbeitslose weniger bedeuten 13 Milliarden Mark mehr für die öffentliche Hand und die Sozialkassen; davon entfallen ca. 6 Milliarden allein auf die Bundesanstalt. Dieses Volumen kann nutzbar gemacht werden für mehr Beschäftigung. Dies würde erheblich zur Schaffung und Sicherung von Beschäftigungseffekten beitragen. Es würde auch die Diskussion um den vollen Lohnausgleich entspannen.

Dieser Aspekt lenkt den Blick auch auf die grundsätzlichere Frage danach, vor welchem gesellschaftlichen und nicht nur beschäftigungspolitischen

Hintergrund Arbeitszeitkürzung zu thematisieren ist: Sie kann und darf nicht ausschließlich als Notstandsmaßnahme zur besseren Verteilung des Mangels an Erwerbsarbeit debattiert werden. Das wäre eine verkürzte und verkehrte Diskussion. Arbeitszeit als einen Teil der Lebenszeit und Freizeitgewinn als einen Teil gesellschaftlichen Reichtums zu diskutieren - das ist gesellschaftspolitisch richtig und notwendig. Wenn wir uns allein auf Beschäftigungssicherung konzentrieren, ist das für die Metallwirtschaft und die Gesamtwirtschaft keineswegs ausreichend. Dadurch werden weder die ca. 4,5 Millionen Arbeitslosen, die heute registriert sind, verringert noch die Produktivitätssteigerungen der Zukunft kompensiert.

Umverteilung von Arbeit als Kristallisationspunkt einer Zukunftsdebatte über gesellschaftliche Gerechtigkeit zu nutzen, ist nicht nur möglich, sondern auch höchst wünschenswert. Gerade die Diskussion um eine nachdrückliche Arbeitszeitverkürzung eröffnet die Möglichkeit, den Blick wieder für eine humanere Gesellschaft zu öffnen, in der Ausgrenzung vermieden und Spaltung überwunden wird. Wir müssen uns der gesellschaftspolitischen Erneuerungsdebatte stellen, auch wenn damit schwierige und unbequeme Fragen verknüpft sind. Wir müssen z. B. Visionen dazu entwickeln, wie zukünftig Produktivität gestaltet wird und welche Bedeutung Ressourcenknappheit und Ökologische Belastung haben. Wie nutzen wir Zeit - wirtschaftlich produktiv oder sozial verantwortlich? Wie wird Arbeit, wie wird Lebensqualität definiert, und welchen Stellenwert messen wir Familienarbeit und ehrenamtlichen Aufgaben zu?

Solche Fragen sind für die gesellschaftliche Entwicklung von immenser Bedeutung, Sie in den Gewerkschaften offen und offensiv zu diskutieren, ist dringend notwendig. Der neokonservativen Strategie der gesellschaftlichen Entsolidarisierung muß mit einem fortschrittlichen Konzept für soziale Gerechtigkeit begegnet werden. Ein solches Konzept, das in sich stringent ist, die ökonomischen, sozialen und demographischen Realitäten berücksichtigt und eine gesellschaftspolitische Vision hat, fehlt bisher. In einem arbeitszeitpolitischen Reformprojekt lassen sie sich verwirklichen. Ein solches Projekt wäre sehr ehrgeizig. Es bedarf intensiver Auseinandersetzung und enormer Kraftanstrengung, auch viel Überzeugungsarbeit in den Gewerkschaften. Aber es bietet zugleich auch die Chance, unsere Traditionen einzubringen für eine zukunftsfähige, solidarische Gesellschaft: Ein arbeitszeitpolitisch begründetes gesellschaftliches Reformprojekt kann nicht zuletzt auch wieder individuelle Perspektiven für die Lebensgestaltung der Menschen vorschlagen. Nur dadurch wird die Bereitschaft zum Mitwirken an einem gerechteren und solidarischen Gemeinwesen ermöglicht. Deshalb gilt: Eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft ist nur durch eine gerechtere Verteilung von Arbeit möglich. Um dies in Zukunft zu verwirklichen, muß jetzt über die richtigen Wege und Schritte gestritten werden.